

Sukup, Viktor

Article

Frankreich und Europa - zwischen Sozialdemokratie und Neoliberalismus

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Sukup, Viktor (1988) : Frankreich und Europa - zwischen Sozialdemokratie und Neoliberalismus, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 14, Iss. 4, pp. 523-546

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332285>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Frankreich und Europa – zwischen Sozialdemokratie und Neoliberalismus

Viktor Sukup

Die Wiederwahl François Mitterrands kam nicht überraschend, obwohl die konservative Opposition erst im März 1986 einen wenn auch knappen Sieg bei den Parlamentswahlen erreichen konnte und der Verbleib des sozialistischen Staatspräsidenten im Elysée-Palast vor zwei oder drei Jahren so gut wie ausgeschlossen schien. Aber nicht umsonst hat der frühere – als Oppositionspolitiker der sechziger und siebziger Jahre – „ewige Verlierer“ den Ruf eines „Florentiners“, eines geschickten Schülers Macchiavellis, erworben, und der einstige „mal-aimé“ (Ungeliebte) wurde zum populären „Tonton“, der „Onkel-“ oder Vaterfigur, die ihr Motto „La France unie“ glaubhaft zu machen wußte und damit eine Mehrheit von 54 Prozent erreichte. Fast soviel wie einst 1965 De Gaulle gegen seinen damals relativ unbekannten Gegner, niemand anders als eben diesen Mitterrand, der gegen den alten General mit dem Motto „Frankreich braucht einen jungen Präsidenten“ angetreten war . . .

Heute ist Mitterrand selbst 72 und wird wohl noch bis 1995 Staatschef bleiben und darüber hinaus eine grundlegende Rolle in Europa spielen. Manche sehen ihn ihm schon heute den „größten Staatsmann des zeitgenössischen Europa“¹, was eng mit seinen oft akrobatischen Kehrtwendungen zusammenhängt. Einst unversöhnlicher Gegner der in ihrem Wesen recht autoritären Institutionen der Fünften Republik, die er nicht ohne gute Argumente damals als einen „permanenten Staatsstreich“² kritisierte, wurde Mitterrand selbst zum – ersten zweimal in direkter Volkswahl bestimmten – Staatschef mit kaum weniger monarchischem Gehabe als seine Vorgänger. Die Atomstreitmacht der kostspieligen „Force de frappe“, die er einst mit giftigen Kommentaren

geißelte, findet heute in ihm ihren besten Verteidiger. Der deutsch-französische Vertrag von 1963, früher als zu exklusive Zweier-Allianz abgelehnt, ist heute auch unter Mitterrand die Hauptachse der französischen Außenpolitik. Dazu kommt die eindeutige Bejahung von NATO und EG, die seinerzeit auch nicht ohne gute Gründe kritisiert wurden und heute in Paris volle Zustimmung finden. Dieser oft erstaunliche „Pragmatismus“ des Gründers der neuen Sozialistischen Partei hat die Sozialisten trotz Fehler und Ungereimtheiten wieder an die Macht zurückgebracht, aber weniger aufgrund ihrer eigenen Verdienste als durch die Exzesse des Chirac-Intermezzos, die Mitterrands Wiederwahl praktisch unvermeidlich machten.

1. „Wirtschaftswunder“ und Modernisierung in Frankreich: Die „glorreichen dreißig Jahre“ und der Katzenjammer . . .

Die rasanten sozio-ökonomischen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind keine Besonderheit Frankreichs, aber man kann sicher sagen, daß sie hier im westeuropäischen Vergleich zu den radikalsten gehörten. Nicht ohne Grund hat der französische Autor Jean Fourastié den Begriff der „trente glorieuses“, der dreißig glorreichen Jahre, für die Periode der „unsichtbaren Revolution“ von 1946 bis 1975 geprägt, in der das lange Zeit relativ rückständige Land wieder zu einer der führenden und reichsten Industriemächte wurde³.

Wesentlich erscheinen in historisch-struktureller Perspektive die langfristigen sozio-politischen und demographischen Faktoren des modernen Frankreich. Die „typische“ bürgerliche Revolution von 1789 verteilte den Grundbesitz und bremste damit paradoxerweise Landflucht, Bevölkerungswachstum und Verstädterung, die anderswo die industrielle Revolution begleiteten und beschleunigten⁴. Damit verlor Frankreich seit der Niederlage Napoleons nicht nur seine politisch-militärische, sondern auch immer mehr seine ökonomische, demographische und kulturelle Vormachtstellung in Europa und wurde, trotz seiner beachtlichen kolonialen Expansion, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, immer mehr zu einer Macht zweiten Ranges. Dieser relative ökonomische und demographische Niedergang – Frankreich hatte noch um 1800 rund doppelt soviel Einwohner als Großbritannien (mit Irland) und weit mehr als die Territorien der zukünftigen Nationalstaaten Deutschland und Italien, wurde aber bald von allen drei überholt – führte letzten Endes zu den Niederlagen von 1871 und 1940 und zu einem deutlichen technischen Rückstand des 1945 immer noch weitgehend ländlich-agrarischen Landes⁵.

Das französische „Wirtschaftswunder“ der fünfziger und sechziger Jahre verdient ohne Zweifel noch eine Überlegung in historisch-struktureller und vergleichender Perspektive. Woran lag, genau genommen, das „Wunder“ im Fall der Bundesrepublik Deutschland? Am besten hat das vermutlich ein Autor zusammengefaßt, der als grundle-

gende Ursache „eine Kombination von Schicksalsschlägen, nationaler Entmündigung und Bedrohung“ angibt, d. h. konkret

- den Verlust der weitgehend unterentwickelten Ostgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg, dadurch kein „Mezzogiorno-Problem“ wie in Italien;
- den Verlust der Kolonien schon 1914–18, daher keine ruinösen Kolonialkriege;
- den Zustrom von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, womit billige Arbeitskräfte verfügbar waren;
- die Existenz von Millionen Frauen, die bereits an die Industriearbeit gewohnt waren, damit ein Zeitvorsprung vor der Konkurrenz im Westen;
- die Zerstörung und Demontage der Fabriken, die die Wiedererrichtung mit Spitzentechnologie ermöglichte;
- die vermeintliche oder reale Bedrohung durch die UdSSR, die den Marshall-Plan brachte;
- die Absonderung Berlins, die die Bildung eines übermächtigen Zentrums verhinderte;
- den Souveränitätsverlust, der die Rüstungsaskese praktisch unvermeidlich machte⁶.

Umso erstaunlicher, wenn man von der – für den Autor dieser Seiten unzweifelhaften – Richtigkeit dieser These ausgeht, ist die neuere französische Entwicklung. Trotz Vietnam-, dann Algerienkrieg, hoher Rüstungsausgaben, unterentwickelter Regionen und übertriebener Konzentration von Bevölkerung, Reichtum und Industrie in der Hauptstadt – die einen Buchtitel „Paris und die französische Wüste“ motivierte⁷ –, also trotz des weitgehenden Fehlens dieser „negativ-positiven“ Faktoren erreichte das Land Wachstumsraten, die auf vergleichbarem Niveau von denen der BRD und anderer europäischer „Wirtschaftswunderländer“ lagen. Hängt das mit dem Geschick De Gaulles und der Qualität der Eliten zusammen, mit der „indikativen Planung“ oder der EG, mit dem Dynamismus des Weltmarkts oder den Vorteilen der neokolonialen Mechanismen in Afrika? Alles das spielte wohl seine Rolle, aber was uns hier besonders interessiert, sind die sozialen und ökonomischen Folgen dieser Entwicklung und die daraus entstandenen Veränderungen im Wertesystem der französischen Gesellschaft.

Die wichtigsten Veränderungen der letzten Jahrzehnte – die oft drastischer sind als die der vorherigen 150 Jahre – betreffen die beschleunigte Industrialisierung und die sie begleitende Verstädterung, das steigende Bildungsniveau, die kurzfristig steigende, dann wieder sinkende Geburtenrate, die verlängerte Lebenserwartung und selbstverständlich die explosive Zunahme des Massenkonsums; dazu kommen die wachsende Integration der Frauen in die Arbeitswelt und ihre problematische „Emanzipation“, die Krise der traditionellen Familie und die Veränderung der Klassenstrukturen, insbesondere die rasche Verminderung der Bauernschaft und die – weniger drastische – der Arbeiterklasse sowie die gewaltige Zunahme und Differenzierung der Mittelschichten.

Wie auch in anderen westlichen Industrieländern kam es in dieser Periode zu einem sehr raschen Wachstum der Industrieproduktion und des Massenkonsums, zu einer beschleunigten Verstädterung, einer regelrechten Bildungsexplosion und einem kurzfristigen Baby-Boom, dem bald eine neuerliche demographische Stagnation folgte. Aber der in oberflächlicher Sicht unbestreitbare und gewaltige Fortschritt war, hier vielleicht noch etwas mehr als anderswo, recht teuer erkauft: „Morosité“ (Verdrossenheit) lautet der Titel des vorletzten Kapitels von Fourastiés durchaus optimistischen „Dreißig glorreichen Jahren“, der für diese Periode ebenfalls kennzeichnend ist: Die Historiker der Zukunft, schreibt er, werden sich wundern, daß diese Periode des noch nie dagewesenen Wirtschaftswachstums, der explosiven Konsumwelle und der umfassenden Modernisierung weniger von Lebensfreude und Optimismus als von Unzufriedenheit und sozialen Konflikten geprägt war⁸. Auch ist Frankreich internationaler Spitzenreiter in punkto Schlaftabletten- und Beruhigungsmittelkonsum geworden, sodaß eine kürzliche Reportage über Schlaflosigkeit den – früher einmal für die Syphilis verwendeten Ausdruck „le mal français“ (die französische Krankheit) im Titel verwendete⁹.

Vor diesem Hintergrund eines – hier nur stichwortmäßig skizzierten – letzten Endes oft zweifelhaften Fortschritts und der Krise seit einem Dutzend Jahre müssen die heutigen Grundtendenzen der französischen Gesellschaft gesehen werden: zunehmender Individualismus und damit abnehmende Familien- und Klassensolidarität, die sich auf politischer Ebene im Rechtsruck der Sozialisten (und der konservativen Parteien), im Niedergang der KP und in der Krise der Gewerkschaften manifestiert; Grenzen und Widersprüche der „Emanzipation“ der Frauen, Desorientierung der Studenten und der Jugend im allgemeinen, die einerseits weiterhin ein beachtliches Potential an Rebellionsgeist haben, aber auch starke konformistisch-konservative Tendenzen entwickeln; ein ungeheures Anschwellen der Zahl der „neuen Armen“, die den altbekannten Clochards den Platz in den Pariser Metrostationen streitig machen; zunehmende Kriminalität, steigende Korruption und Tendenzen zur Verschärfung von Klassenjustiz und zur Unterminierung des Rechtsstaates...

2. Industrialisierung, Rahmenplanung und internationale Konkurrenz

Unter den Faktoren, die das rasche Wirtschaftswachstum Frankreichs in den fünfziger und sechziger Jahren – in diesem Jahrzehnt schneller als das der BRD – erklären, spielt zweifellos die „planification à la française“ eine bedeutende Rolle. Kein Zufall ist es wohl, daß nach den Irrwegen der letzten Zeit heute dieses Instrument wieder – von Mitterrand und Rocard insbesondere – als eines der entscheidenden Mittel angesehen wird, die die seit einigen Jahren deutlich sichtbar gewordenen Probleme überwinden helfen sollen¹⁰.

Die „planification indicative“ oder Rahmenplanung stellte tatsächlich eine interessante Neuerung dar, die in origineller Weise die Traditionen des Landes mit den Erfordernissen der verschärften internationalen Konkurrenz in Einklang zu bringen hatte. Frankreich war seit langem ein übermäßig zentralistisches Land mit – im westeuropäischen Vergleich – starken staatsinterventionistischen Tendenzen („Etatismus“), die insbesondere auf Colbert, den Minister Ludwig XIII. im 17. Jahrhundert, zurückgehen. Königliche Manufakturen, Werften und Arsenale sowie eine merkantilistisch-protektionistische Wirtschaftspolitik ermöglichten dem Land zwar nicht, mit dem aufstrebenden England Schritt zu halten, aber die Dekadenz der Großmacht Spanien zu vermeiden und damit für lange Zeit zum dominierenden Land Kontinentaleuropas zu werden.

Nach 1945 wurden mehrere bedeutende Branchen und Unternehmen verstaatlicht, womit ein relativ breiter nationalisierter Sektor entstand, wohl nicht annähernd so groß wie in Österreich, aber doch bedeutender als in den meisten anderen westlichen Industrieländern.

Zwischen der autoritär-zentralgeplanten Wirtschaft Stalinscher Prägung und dem amerikanisch-liberalen Kredo der „freien Marktwirtschaft“ gab es wohl kaum eine wirkliche „Dritte Position“ – wie die spätere Entwicklung in Jugoslawien, Argentinien, Ägypten, Tanzania, Peru usw. zeigen sollte –, aber zumindest für ein relativ großes und unabhängiges Land in Westeuropa gab es doch eine Art Mittelweg, nämlich eben diese Rahmenplanung, die für mehrere Jahre die Prioritäten und Ziele der nationalen Wirtschaftspolitik festlegte und die verschiedenen Instrumente des modernen interventionistischen Staates in Konsultation mit Unternehmern, Gewerkschaften und anderen wichtigen Akteuren in dieser Perspektive einsetzte. Während die Minister im wesentlichen ihre Tätigkeiten in „vertikaler“ und kurzfristiger Sicht organisieren, d. h. wenig über die Grenzen ihrer Ressorts und über die unmittelbar bevorstehende Entwicklung hinausblicken können, pflegten die „Commissaires au Plan“, darunter seinerzeit prestigieuse Ökonomen wie Jean Monnet und Pierre Massé, die „horizontale“ oder gesamtwirtschaftliche und mittelfristige Perspektive zu betonen, regelmäßig vom Regierungschef empfangen zu werden und einen nicht zu unterschätzenden Einfluß mit ihren Arbeiten zu haben, die eine wichtige Funktion der konstruktiven Synthese von administrativen und intellektuellen Tätigkeiten ausübten.

Nach und nach, besonders seit dem – von den Planern in seinen Folgen unterschätzten – ersten „Ölschock“ sank jedoch die Institution zur Bedeutungslosigkeit herab, obwohl gerade damals wohl eine kohärente Überlegung über die mittelfristige Entwicklung, die veränderten Bedingungen des Welthandels, die Unzulänglichkeiten der traditionellen keynesianisch-antizyklischen Expansionspolitik und die Möglichkeiten und Gefahren der neuen Spitzentechnologien besonders notwendig gewesen wäre. Die Linksregierung ab 1981 sollte dieses alte und relativ bewährte Instrument wieder etwas aktivieren, fiel jedoch bald, ab 1983, in einen übertriebenen „Pragmatismus“ und ließ sich vom

liberalen Zeitgeist anstecken. Und als dann schließlich Jacques Chirac im März 1986 seine strikt an „Reaganomics“ orientierte Regierung bildete, ernannte er einen Industrieminister, der offen erklärte, daß es sein grundlegendes Ziel sei, seinen eigenen Posten so schnell wie möglich überflüssig zu machen . . .

In historisch-struktureller und vergleichender Perspektive wird jedoch dem Beobachter klar, daß die neoliberale Mystifikation nicht das beste Rezept sein kann. Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung ist der industrielle Aufschwung Japans und der fernöstlichen „Schwellenländer“ eindeutig durch bedeutende Planungs- und Steuerungselemente und die Festlegung recht restriktiver Spielregeln für die Transnationalen Unternehmen (TNU) durch den Staat erklärbar und keineswegs durch eine „Politik der offenen Tür“ für diese und eine unüberlegte Integration in den Weltmarkt. Eine solche hat dagegen Länder wie Chile und Argentinien in wenigen Jahren in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen, die sozialen Kontraste enorm verschärft, eine unproduktive Außenverschuldung astronomischen Ausmaßes angehäuft und die TNU aufgrund der fehlenden mittel- und langfristigen Perspektiven praktisch nur für kurzfristige und makroökonomisch schädliche spekulative Geschäfte angezogen¹¹.

Diese internationalen Vergleiche sind keineswegs eine exotische Abschweifung vom Thema, denn die vor dreißig Jahren als utopisch verspottete brasilianische Autoindustrie ist heute international ebenso konkurrenzfähig wie die Stahlindustrie und die Werften des damaligen Agrarlandes Südkorea, und diese Entwicklungen zwingen bekanntlich die westeuropäischen Länder zu schmerzhaften „Umstrukturierungen“, die ganze Regionen wie Lothringen, Schottland oder Wallonien – eben jene, die früher an der Spitze der industriellen Entwicklung standen – in die neuen „Armenhäuser“ Europas zu verwandeln drohen. Autoritär-überzentralisierte und unrealistische Planung hat Rumänien und Polen trotz Aufbaus eines beträchtlichen Industriepotentials in eine schwere Krise gestürzt, aber eine ebenso unrealistische neoliberale Politik hat im einst reichen Argentinien einen ansehnlichen Teil seines Industriepotentials zerstört und die Verarmung des Landes beschleunigt, während die koordinierend-rahmenplanende Tätigkeit des berühmten Ministry of International Trade and Industry (MITI) sehr wesentlich dazu beitrug, aus dem rohstofflosen und abseits gelegenen Japan in wenigen Jahrzehnten den Spitzenreiter der Weltindustrie zu machen.

In historischer Sicht wäre hier noch daran zu erinnern, daß nach dem liberalen England für die Nachzügler des 19. Jahrhunderts eine protektionistische Außenhandelspolitik die grundlegende Voraussetzung zum Aufholen von Ländern wie Deutschland und die USA war, und daß im industriellen Aufschwung Frankreichs, Deutschlands und Rußlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Rolle der Banken und insbesondere des Staates von zentraler Bedeutung war¹². Wie der Theoretiker des Protektionismus, Friedrich List, betonte, stellt bei deutlich unterschiedlichem Entwicklungsniveau eine solche planerisch-defensive Außenhandelspolitik die wesentliche Basis dar, ohne

die jegliche nationale Anstrengung zum Fehlschlag verurteilt ist, und dieses Prinzip ist noch heute – auch im Rahmen des EG-Marktes gegenüber Japan und der USA – hundertprozentig aktuell¹³.

Man könnte hier einwenden, daß die explizit anti-planerische „soziale Marktwirtschaft“ made in Germany aus diesem Land den unbestrittenen Spitzenreiter Westeuropas gemacht hat, daß dort auch die sozialen Kontraste weit geringer sind als im traditionell colbertistisch-protektionistisch-etatistischen Frankreich, oder daß dort die Bürokratie wesentlich effizienter ist und die Unternehmer weitaus mehr den Schumpeterischen Industriekapitänen gleichen als auf der anderen Seite des Rheins. Auch daß sich die Absolventen der berühmten französischen Eliteschmieden wie der „Ecole Nationale d'Administration“ nicht immer besonders auszeichnen, wenn sie, wie z. B. Giscard d'Estaing oder Chirac, in die höchsten Ämter des Staates gelangen. Und es besteht sicher kein Zweifel daran, daß neue Gleichgewichte zwischen Privat- und Staatsinitiative, Markt und Plan, Binnen- und Außenmarkt und sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz gefunden werden müssen, in Frankreich wie überall.

Aber hier müssen die spezifisch französischen Umstände in Rechnung gestellt werden, die eingangs im Vergleich mit der BRD skizziert wurden. Frankreich war 1945 nicht nur ein noch weitgehend agrarisch-halbentwickeltes Land, sondern auch die zweitgrößte Kolonialmacht, die sich mit heftigen Schmerzen von ihren Überseebesitzungen trennen mußte. Auch hier ist die vergleichende Perspektive von großem Interesse: Großbritannien und Portugal in den letzten Jahrzehnten, die Türkei und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg und einige andere Fälle illustrieren die typischen Probleme eines relativ plötzlich klein gewordenen Landes: übermäßige Zentralisierung und unangepaßte Infrastrukturen, politische Konflikte mit „Dolchstoßlegende“ u. dgl., Verlust der ökonomischen Komplementarität zwischen den bis dahin verbundenen Territorien, fehlende Konkurrenzfähigkeit im rauen Wind des Weltmarktes . . .

Für Frankreich bedeutete der Verlust des geschützten Absatzmarktes der Kolonien und der Eintritt in die Europäische Gemeinschaft eine harte Bewährungsprobe, die es – zweifellos zu einem guten Teil dank seiner Planungsinstitution – erstaunlich erfolgreich bestand. Zwischen 1960 und 1970 muß der nationale Pro-Kopf-Industrie-Export vom 7. oder 8. auf den 4. oder 5. Platz weltweit vorgerückt sein, und um 1970 sahen die optimistischsten Extrapolationen das Land schon 1985 auf dem ersten Rang, aber vom für 1965 und 1973 errechneten 6. Platz fiel es in Wirklichkeit bis 1981 und 1984 bereits auf den achten Platz zurück¹⁴.

Die Umorientierung der Außenhandelsströme, die dieser dynamischen Entwicklung zugrunde liegt, ist beeindruckend: Zwischen 1952 und 1979 fiel der Anteil der Franc-Zone, d. h. der (Ex-)Kolonien, an den französischen Exporten von 42 auf 5 Prozent, während der der EG-Länder von 15 auf 53 Prozent stieg (Tab. 1). In der Praxis bedeutete das, daß die französischen Industriellen in sehr kurzer Zeit lernen mußten, wie ihre deutschen oder japanischen Kollegen auf hart umkämpften

Tabelle 1**Umorientierung des französischen Außenhandels nach 1945**(X = Exporte, M = Importe), in %¹⁵

	1952		1960		1970		1979	
	X	M	X	M	X	M	X	M
Franc-Zone	42	23	30	23	10	9	5	3
Andere								
Entwicklungsländer	15	28	10	17	13	14	17	22
EG	15	15	30	30	50	49	53	50
RGW	1	1	3	2	4	2	5	3
Andere								
Industrielländer	26	33	27	26	23	26	20	22

Märkten konkurrenzfähig zu werden, statt problemlos ihre Waren in Afrika an den Mann zu bringen.

Um 1960 hatte Frankreich in der Tat so gut wie all sein ausgedehntes Kolonialreich verloren. Aber die Emanzipation dieser Länder war unter den gegebenen Umständen weniger unerfreulich für die Metropole und weniger günstig für die neuen Staaten, zumindest in Schwarzafrika, als dies auf den ersten Blick aussehen mag. Für Frankreich waren diese Kolonien mit der Zeit eher zu einer ökonomischen Last und vor allem zu einer Bremse seines industriellen Fortschritts geworden, während diese durch ihre Unabhängigkeit die Vorteile der französischen Präferenzpreise – durchschnittlich ca. 25 Prozent über dem Weltmarktniveau – verloren¹⁶, ähnlich wie Kuba nach der Revolution die der US-Zuckerpreise.

Insgesamt ist also dem konservativen und autoritären De Gaulle zweifellos zugute zu halten, daß er nicht nur die von der Vierten Republik ererbten Planungsmechanismen beibehielt und sie zu einem grundlegenden Instrument seiner Wirtschaftspolitik machte, sondern daß er auch die Lösung der Probleme der Dekolonisierung durch eine dynamische Integration in den expandierenden westeuropäischen Markt begünstigte. Was immer von den sonstigen Aspekten dieser Dekade gehalten werden kann – absurde Prestigeprojekte wie das „Concorde“-Überschallflugzeug, Neokolonialismus in Afrika, Entscheidung für die Atomenergie –, war das keine geringe Leistung, insbesondere wenn man sie mit den Leistungen seiner Nachfolger vergleicht.

3. Frankreich in der Krise: Die Flucht nach vorn ...

Wie die anderen Länder Westeuropas wurde Frankreich 1973–1974 vom völlig unerwarteten „Ölschock“ brutal aus den Träumen eines unendlich wachsenden Nationalproduktes und des „Wohlstands für alle“ gerissen. Im Vergleich zu den meisten Nachbarn war es zwar

relativ gut gerüstet, um den widrigeren äußeren Umständen zu trotzen, fiel aber letzten Endes bei dieser neuen Prüfung ebenso glatt durch wie es die vorige mit Auszeichnung bestanden hatte.

„Frankreich hat kein Erdöl, aber dafür Ideen“, lautete in diesen Jahren die selbstgerecht-chauvinistische Devise, aber die vorherrschenden Ideen sollten sich als wenig zielführend erweisen. Statt die neuen Entwicklungen der Weltwirtschaft und der technologischen Revolution in objektiver und kohärenter Weise zu analysieren und die so gewonnenen Kenntnisse in einer an die veränderten Umstände angepaßten Wirtschafts-, Energie- und Technologiepolitik anzuwenden, trat Frankreich die Flucht nach vorn an, die mit den Worten Atomwahn, Waffengeschäfte und Multinationalisierung zusammengefaßt werden kann.

Um dem Außenhandelsdefizit und der „Abhängigkeit“ von der OPEC zu entkommen, setzte man im Energiebereich voll und ganz auf die Atomkraft, und eine extrem mächtige Nuklearlobby schaffte es in wenigen Jahren, die gegnerischen Stimmen völlig an die Wand zu drängen. Resultat: Frankreich bezieht heute einen weitaus größeren Teil – um die 30 Prozent gegen 10 Prozent in der BRD – seines Stroms als die anderen Industrieländer aus den Kernkraftwerken, läßt insbesondere mit seinen „Schnellen Brütern“ u. dgl. ein nukleares Damoklesschwert auch über den Nachbarländern hängen, seine staatliche Elektrizitätsgesellschaft hat einen beträchtlichen Anteil der Außenverschuldung des Landes erwirtschaftet, und als 1986 eine Wolke radioaktive Grüße aus Tschernobyl nach Westeuropa brachte, verschwand sie aus den französischen Medien, sobald sie von Norditalien weiterzog, bis sie einige Tage später über Belgien wiederauftauchte . . .

Auch in einer anderen Beziehung hat das Land von Voltaire und Rousseau, die Wiege der Menschenrechte, der Aufklärung und des Prinzips „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, keine Ursache, auf seine neuere Entwicklung und den dahinter stehenden Geist stolz zu sein. Während andere Länder sich vor allem bemühten, mit relativ nützlichen Produkten ihre Präsenz auf dem Weltmarkt auszubauen, verstärkte Frankreich vor allem seine Position als einer der größten Waffenhändler, stimulierte die Gier nach modernen und teuren Waffen in der Dritten Welt, insbesondere im nahöstlichen Dauerkrisenherd, und baute sogar dem OPEC-Land Irak ein Atomkraftwerk, das dann von den Israelis prompt zerstört wurde. Heute ist der Preis für diese ebenso kurzsichtige wie zynische Politik gut sichtbar: ständige Geisel- und Terroristenaffären, Zahlungsunfähigkeit des Super-Klienten Irak, außenpolitische Unglaubwürdigkeit und drohender Bankrott der großen Rüstungsproduzenten nach dem Ende des Golfkriegs . . .

Der dritte Punkt der Fehlentwicklung, die unter De Gaulle begann, unter Giscard d'Estaing verstärkt wurde, und später unter Mitterrand nur teilweise korrigiert wurde, betrifft die Öffnung Frankreichs auf die Weltwirtschaft. Zwar blieb es auch weiterhin das Land mit dem geringsten Außenhandelskoeffizienten in Westeuropa (Tab. 2), aber die Integration vertiefte sich deutlich, z. T. als Folge der hohen Abhängigkeit von importierter Energie: während die Energieimporte von 1,7

Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 1973 auf über 5 Prozent am Beginn der achtziger Jahre stiegen, erhöhte sich der Außenhandelskoeffizient ($X + M/BIP$), der im Weltdurchschnitt auf dem Niveau von rund 14 Prozent blieb, hier zwischen 1973 und 1984 von 28,5 auf 44,5 Prozent¹⁷. Das war natürlich an sich nicht schlecht, fand jedoch unter wenig vorteilhaften Umständen statt. Hier rächte sich die Aufgabe des Planungsinstruments gründlich.

Tabelle 2

Außenhandelskoeffizient – Importe (M) und Exporte (X) (1980)¹⁸

EG		Frankreich	
M	X	M	X
25,0	23,7	18,7	17,2

Blicken wir nun noch etwas genauer auf diese drei – miteinander zusammenhängende – Punkte, denn sie sind als negatives Lehrbeispiel für andere Länder ebenso von Interesse wie für die Historiker der Zukunft als Illustration eines Falles kollektiver Irrationalität¹⁹. Frankreich hatte strukturelle Schwächen in seiner industriellen und technologischen Entwicklung, aber eine ausgeglichene Handelsbilanz, funktionierende Institutionen, starke Konkurrenzfähigkeit in wichtigen Branchen und eine internationale Position, die es zu einem geschätzten Partner in West und Ost, in Nord und Süd gemacht hatte, und seine Stellung innerhalb Westeuropas war eindeutig die von einem der „Großen Zwei“. Fünfzehn Jahre später sieht es sehr anders aus . . .

Frankreich ist also z. B. mit einem – stark von Jahr zu Jahr fluktuierendem – Anteil von rund 10 Prozent zum (heute wieder von Großbritannien bedrohten) dritten Platz unter den Waffenexporteuren vorgerückt, wobei allerdings der Importanteil Westeuropas und Nordamerikas an diesen Lieferungen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von rund einem Viertel auf knapp über ein Zehntel zurückging, während der der Nahost-Maghreb-Region von etwas über der Hälfte auf zwei Drittel stieg; rund ein Drittel der ca. 300.000 Arbeiter dieser Branche leben von den Exporten, die rund 5 Prozent der Gesamtexporte liefern, weshalb auch die Linksregierung nach 1981 trotz einiger moralisierender Anwendungen nichts Ernsthaftes unternommen hat, um diese Entwicklung zu stoppen. Die berüchtigten „Sachzwänge“ – man müsse ja exportieren, um die einheimischen Waffenschmieden zu rentabilisieren und damit auf diesem Gebiet „unabhängig“ zu sein – schoben alle Einwände beiseite, die moralischen wie die politischen und ökonomischen. Aber wie kurzsichtig die Strategie ist, war schon um 1985 recht klar, als die Hauptkunden begannen, zahlungsunfähig zu werden, daher immer mehr Lizenzproduktion die eigentlichen Exporte ersetzten und neue Exporteure wie Brasilien Marktlücken eroberten,

während die Exporteure immer mehr zu Kompensationsgeschäften gezwungen wurden²⁰. Das pathologische Mißtrauen, das das heutige Frankreich gegenüber „den Pazifisten“ zeigt, und die Schizophrenie in Relation zu vielen internationalen Fragen, die dem Land in neuerer Zeit einen berechtigten schlechten Ruf unter den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt gebracht haben, sind u. a. in Zusammenhang damit zu bringen, daß die Zahl der im Rüstungssektor Arbeitenden auf 5 Prozent der gesamten Beschäftigten geschätzt werden kann²¹. Dabei sind diese militärischen Tendenzen in Frankreich wohl wesentlich geringer als in Großbritannien, aber die naiverweise von der Rüstungstechnik erwarteten technologischen Impulse sind kaum mehr als Illusionen geblieben, da sich die Militärausgaben – die hier ungefähr die Hälfte der zivilen Bruttoanlageinvestitionen darstellen, wenn man von den letzteren die Energie- und Lebensmittelbranchen abrechnet – immer mehr von allem zivil Nutzbaren entfernte. Dadurch bestätigte sich immer deutlicher, was schon seit Jahren sichtbar war: je höher die Rüstungsausgaben, desto weniger internationale Konkurrenzfähigkeit. . .²². Fazit ist, alles in allem, trotz vorübergehender „phantastischer“ Milliardenengeschäfte, eine Rechnung, die nicht aufgeht, selbst wenn man die – ebenfalls katastrophalen – politischen und moralischen Aspekte nicht berücksichtigt.

Das gleiche gilt für die Atomenergie, die deutlich an die Geschichte vom Zauberlehrling erinnert. Die „ökonomische Rationalität“, die derselben lange Zeit zugesprochen wurde, wird heute von den meisten unabhängigen Fachleuten bestritten, zumindest wenn die Mindestvorsorgemaßnahmen getroffen werden, um ein „Tschernobyl sur Seine“ zu vermeiden. Fürs nächste führt der nationale Atomkonsens jedenfalls zu latenten Gefahren, einem unlösbaren Problem mit dem Atom Müll – der z. T. den verelendeten afrikanischen Staaten aufgedrängt wird, damit sie auch ein bißchen an diesem „Fortschritt“ teilnehmen können – und zu einer Atomstrom-Überproduktion, die demnächst einen heftigen deutsch-französischen Streit über billige Stromlieferungen an das östliche Nachbarland hervorrufen wird, da dort die Sicherheitsauflagen und das Umweltbewußtsein wesentlich weniger unterentwickelt sind und daher mit berechtigten Protesten gegen diese Art von „ökologischem Dumping“ gerechnet werden kann²³.

Und sehen wir schließlich noch ein bißchen die Gesamtstruktur des französischen Außenhandels. Mitte der siebziger Jahre tauchten die ersten größeren Handelsbilanz-Defizite auf, die durch kurzfristige Austeritätsmaßnahmen korrigiert wurden, denen jedoch ab 1980 viel umfangreichere folgen sollten, z. T. von der Linksregierung stimuliert, aber im Grunde Folge der strukturellen Schwächen der französischen Industrie und der wirtschaftspolitischen Entscheidungen der siebziger Jahre.

Zahlreiche Karikaturen der letzten Jahre zeigen den typischen Franzosen mit seiner Baskenmütze, der Camembert und Bordeaux-Wein gegen japanische Autos tauscht, oder zigarrenrauchende Waffenfabrikanten, die sich über eventuell drohende Friedensschlüsse beunruhi-

gen. Auch die grotesken Ereignisse um Geiseln, Terroristen²⁴ und den „Rainbow-Warrior“ zeigen oft ausgesprochen surrealistische Aspekte für ein Land, das sich noch gelegentlich im Zentrum der Erde sieht, und die Schnelligkeit, mit der vor kurzem der „Airbus“-Unfall bei Mulhouse dem „menschlichen Versagen“ zugesprochen wurde, spricht Bände über die Solidität des „Rechtsstaates“ im Vergleich zu den kommerziellen Interessen, denn die Exporte des Super-Flugzeugs sind für die Handelsbilanz von vitaler Bedeutung . . .

Das Grundproblem des Landes ist, daß es sich schlecht und in wenig dynamischer Form spezialisiert hat, jedenfalls weit weniger dynamisch als der große Rivale BRD oder die Niederlande. Nur 42 Prozent der französischen Exporte gingen, einer Studie vom Anfang der achtziger Jahre zufolge, in andere Industrieländer, gegen 45 Prozent der italienischen, 56 Prozent der britischen und 60 Prozent der westdeutschen, während der Anteil der AKP-Länder und südlichen Mittelmeeranrainer mit 38 Prozent wesentlich höher war als in Italien, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland mit jeweils 33, 21 und 19 Prozent²⁵, was zweifellos nur zu einem beschränkten Teil durch geographische Faktoren zu erklären ist und im Wesentlichen durch die strukturellen Schwächen, die Rüstungsgeschäfte und ein unproduktives Klientensystem.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit ist im Sinken, warnen seit Jahren alle Welthandelsexperten des Landes. Die Autoindustrie hält nicht mit der deutschen oder gar japanischen Schritt, Werften und Stahlwerke brauchen immer größere Subventionen, wenn sie nicht überhaupt zusperren, und der Binnenmarkt wird von Japan und der BRD mit Fernsehgeräten, Autos und Investitionsgütern aller Art überschwemmt, während Italien den Markt für Kücheneinrichtungen, Büromaschinen und Möbel erobert.

Für Frankreich bleiben damit im Wesentlichen, neben Flugzeugen, Schienenfahrzeugen und Telekommunikationen kaum andere als wenig zukunftssträchtige Exportmöglichkeiten. „L'épée et l'épi sauvent le franc“ faßte 1985 ein Kommentar über die „Außenhandelsschlacht“ zusammen: „Das Schwert und die Ähre retten den Franc“, d. h. ohne Waffen- und Agrarexporte – bei denen das Land den zweiten Platz weltweit einnimmt – wäre die Handelsbilanz nicht auszugleichen²⁶. Aber damit blockiert es auch jede wirkliche Reform der Jahr für Jahr absurderen EG-Agrarpolitik, trägt zum Ruin vieler Länder der Dritten Welt bei, denen gegenüber es sich theoretisch oft „verständnisvoller“ zeigt als die meisten anderen westlichen Industrieländer, und verurteilt sich selbst dazu, mit der Zeit in der Rangordnung der „entwickelten“ Länder stark zurückzufallen . . .

4. Linksregierung und „Sachzwänge“: Zwischen Sozialdemokratie und Neoliberalismus

Unter den skizzierten Umständen mußten für die neue Linksregierung, die Mitte 1981 das Ruder des schwankenden Staatsschiffes übernahm, die „Schlacht für die Modernisierung“ und die „Wiedereroberung des Binnenmarktes“ vordringliche Aufgaben im verschärften „Wirtschaftskrieg“ sein; aber über diese militärischen Appelle hinaus durften die Wahlversprechen im sozialen Bereich nicht vergessen werden. 23 Jahre lang hatte eine Rechtskoalition regiert, die Explosion von 1968 war noch in bester Erinnerung, und nicht nur die Kommunisten, sondern auch z. B. die OECD bestätigten, daß Frankreich unter den großen Industrieländern das mit den bedeutendsten sozialen Ungleichheiten war. Und es war klar geworden, daß diese Kontraste letzten Endes negative makroökonomische Folgen hatten, da sie durch den überhöhten Luxuskonsum die produktiven Investitionen einschränkten und kaum, wie die neoliberale Theorie des „trickle-down-effect“ meint, die wirtschaftliche Dynamik anheizen, bzw. aus der Rezession herauszukommen halfen. Eine Kurskorrektur war also sowohl eine politische und soziale Notwendigkeit als auch eine ökonomische, selbst wenn über die Opportunität gewisser Maßnahmen, wie z. B. die Verstaatlichung einiger großer Industrie- und Finanzunternehmen gestritten werden konnte. Aber das Ausmaß dieser Verstaatlichungen sollte nicht übertrieben werden: 1984 wurde der öffentliche Sektor auf 16 bis 17 Prozent der Wertschöpfung und der Beschäftigten in der Industrie, 22 Prozent der Investitionen und 26 Prozent der Exporte geschätzt²⁷.

Was die sozialen Aspekte betrifft, so sei hier kurz ein bekannter deutscher Autor zitiert, der auf die grundlegenden Unterschiede in der Entwicklung beiderseits des Rheins hinweist: „Dieser (nationalen) Tradition verdankt die deutsche Bevölkerung sowohl die Sozialgesetzgebung, die hier weit früher einsetzte als im Nachbarland, als auch die Ideologie von der Klassenharmonie und der Sozialpartnerschaft. Die eine Errungenschaft erscheint den Arbeitern, die andere den Unternehmern des Nachbarlandes als beneidenswert²⁸.“

Die SP-KP-Linksunion war 1977 zerbrochen, aber die Sozialistische Partei, die von Mitterrand neugegründet worden war (PS), schien weiterhin mehr „marxistisch“ orientiert zu sein als z. B. SPD und SPÖ. In der Praxis setzte die PS-Regierung, der auch vier kommunistische Minister angehörten, eine antizyklische neo-keynesianische Expansionspolitik auf der Grundlage der Dynamisierung der Inlandsnachfrage („relance du marché intérieur“), insbesondere der einkommensschwachen Schichten, in Gang, die jedoch bald, aufgrund der gegebenen Importneigung, zu einer drastischen Verschärfung des Handelsbilanzdefizits und zur Senkung der Investitionen führte und schon 1983 zu einer deutlichen Kurskorrektur zwang. Es handelte sich also um eine in bescheidenem Ausmaß sozialreformerische Modernisierungspolitik, bei der jedoch die konservative Ausrichtung der anderen westlichen

Länder aus Frankreich einen Einzelgänger machte, der sich letzten Endes anpassen mußte, nach drei Franc-Abwertungen und einer drastischen Senkung der Popularität von Regierung, PS und Mitterrand. Am Ende stand, Mitte 1984, die – in Ermangelung einer radikaleren Alternative unvermeidliche – Ablösung des Premierministers Mauroy durch Fabius, die Kommunisten verließen die Regierung und der Akzent wurde weniger auf „Soziales“ und mehr auf „Stabilisierung“ und „Modernisierung“ gesetzt²⁹.

Es ist nicht leicht, ein Urteil über den Rechtsruck der Sozialisten, der von Jacques Delors, Laurent Fabius und Pierre Bérégovoy symbolisiert wird, abzugeben. Sicher, die neuen Eliten hatten sich ebenso gründlich wie die vorigen über die Natur und die Tiefe der Krise geirrt, „wie wenn die herrschenden Klassen dieses Landes in ihrer großen Mehrheit abgelehnt hätten, den harten Realitäten ins Angesicht zu sehen“³⁰, und eine neuerliche Umorientierung war unvermeidlich. Wie immer man die Thesen von linksorientierten Intellektuellen wie André Gorz und Alain Touraine nehmen will, die schon 1980 das Aussterben des Proletariats und das Ende des Sozialismus proklamiert hatten³¹, es war offensichtlich, daß die alten Rezepte angesichts der sozialen Veränderungen einer gründlichen Revision bedurften, und daß andererseits der neue technokratische Diskurs und die Verstaatlichungen kaum echte Lösungen brachten. Die neuen städtischen Mittelschichten, die den Sozialisten ihre Wählerbasis lieferten, Ingenieure, Ärzte, Juristen, Bürokraten, Freiberufliche aller Art und vor allem Lehrer, die Mitte 1981 en masse als neue Abgeordnete ins Parlament einzogen, waren in ihrem politischen Verhalten äußerst unstabil, da ihre Interessen und Ideen sehr heterogen und großen Schwankungen unterworfen sind. Einerseits war der Kapitalismus ohne jeden Zweifel in einer schweren Anpassungskrise und tendierte vom „fordistischen“ Modell des Massenkonsums zur „Zweidrittelgesellschaft“, was aus politischen und ethischen Gründen nicht ohne Widerstand akzeptiert werden konnte. Andererseits konnten die ausgesprochen neokorporatistischen Tendenzen nicht ignoriert werden, die die französische Gesellschaft in letzter Zeit immer mehr und in oft absurder Weise entwickelt hatte³².

Angesichts dieser und anderer Umstände war eine Abkehr vom allzu umfassenden Staatsinterventionismus, z. B. bei Preisfestsetzungen u. dgl. – noch dazu bei der bestehenden Ineffizienz der nationalen Bürokratie – sicher nicht unvernünftig, und eine Flexibilität der Arbeitsbedingungen ebenfalls, trotz der Gefahren, die das mit sich bringen mußte. Auch war es wohl nicht abwegig, die privaten Unternehmer nicht prinzipiell als hemmungslose Ausbeuter zu verteufeln, sondern sie – z. B. nach schwedischem Muster – in den geplanten produktiven Sozial- und Wirtschaftspakt zu integrieren versuchen, um „mit vereinten Kräften“ einen Ausweg aus der Produktivitätskrise und der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit zu finden.

Aber war es notwendig, daß z. B. im Fernsehen – dessen Teilprivatisierung und Kommerzialisierung noch vor Chirac begann –, ein wahres Trommelfeuer von „Wirtschaftsreportagen“ einsetzte, in denen das

Hohelied vom „dynamischen Unternehmer“ à la Schumpeter auf allen Tonleitern gesungen wurde, sodaß der Traum der meisten jungen Franzosen die „Gründung eines eigenen Unternehmens“ oder die Spekulation an der Börse wurde, in einer Art surrealistischer Neuauf-
lage des alten Prinzips des „Enrichissez-vous“ (Bereichern Sie sich) von Minister Guizot unter dem Bürger-König Louis-Philippe, während die Statistiken klar zeigen, daß die von konservativen Geistern erfundene „Renaissance der Selbständigen“ hier noch mehr als anderswo ein absurdes Mythos war? Daß „Modernisierung“ mit Einführung von Computern in allen Schulen und sonstwo gleichgesetzt wurde und daß den Durchschnittsfranzosen die Schwankungen des Dow-Jones-Indexes bekannter wurden als das Einmaleins der sozialen und wirtschaftlichen Grundproblematik? Daß die Pariser Intellektuellen plötzlich, einige Jahre nachdem sie entdeckt hatten, daß die Sowjetunion nicht das Paradies der Arbeiterklasse war, sich in primitivsten antikommunistischen Tiraden überboten und alles Heil nur noch im westlichen Kapitalismus möglichst neoliberaler Prägung suchten?

Nur so ist es zu erklären, daß hier bald ein Pro-US-Konformismus sondergleichen entstand, der aus dem noch vor kurzem kommunistusverdächtigen Frankreich in wenigen Jahren den solidesten kontinental-europäischen Pfeiler der NATO machte und auch zum Standort des künftigen europäischen „Euro-Disneyland“, das mit ruinösen Subventionen in die Pariser Region angezogen wurde, während MacDonalds-Produkte und Rambo-Filme zu Kassenschlagern wurden und Charles Hernu, der Held der „Greenpace“-Affäre, nach seinem erzwungenen Rücktritt eine hohe Popularitätsquote erreichte und dann bald zum in der Bundesrepublik Deutschland grassierenden „Nationalneutralismus“ die Meinung vertrat, dieser wäre vielleicht nicht weniger gefährlich als seinerzeit der Nationalsozialismus. . .³³.

Sicher, es gab im Vergleich zur vorherigen und zur folgenden Regierung einige durchaus fortschrittliche Ansätze, mit Anhebung der Mindesteinkommen, Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau, Verbesserung der Sozialgesetzgebung, des Mieterschutzes und der Rechte der Arbeiter, Maßnahmen zur Dezentralisierung und Initiativen zur Förderung von Unterricht und Forschung, wo Frankreich einen großen Nachholbedarf angesammelt hatte. Und die fachliche und moralische Qualifikation des Führungspersonals war zweifellos deutlich besser als vorher oder gar unter der folgenden Chirac-Regierung. Aber letzten Endes war die neoliberale Wende derart ausgeprägt, daß die Linksregierung Reallohnseinbußen durchsetzte, von denen Giscard d'Estaing nur träumen hätte können, und erstaunlicherweise brachten es die Sozialisten zu einer drastischen Senkung der Inflationsrate, während sich die Arbeitslosigkeit – im Prinzip ihre Priorität Nummer eins – ungefähr verdoppelte. Aber der größte Irrtum war es wohl, die konservativen Kräfte auf ihrem eigenen Terrain schlagen zu wollen und mit ihnen in puncto Liberalismus zu wetteifern, anstatt ein neues kohärentes Projekt sozialistischer Orientierung zu entwickeln und glaubhaft in Gang zu bringen. Der Preis dafür war, daß die Rechte, von Antonio Gramsci

lernend, zur Eroberung der öffentlichen Meinung ansetzte und damit Erfolg hatte.

Wichtiger noch in unserer Gesamtbetrachtung ist jedoch, daß die grundlegenden Tendenzen im außenwirtschaftlichen Bereich nicht korrigiert wurden: so stieg z. B. der Anteil der OPEC-Länder an den französischen Exporten zwischen 1980 und 1984 von 8,9 auf 9,8 Prozent, während der Anteil dieser Länder an den Weltexporten von 13,8 auf 8,9 Prozent zurückging. Der Anteil Japans an den Exporten made in France dagegen blieb stabil, während das Land der aufgehenden Sonne seinen Weltexportanteil von 7,1 auf 9,8 Prozent erhöhte. Es gab also eine Spezialisierung auf wenig dynamische Märkte, bei gleichzeitiger Senkung des Deckungsgrades auf dem Gebiet der Industriegüter, auf dem Frankreich defizitär wurde³⁴. Während Japan in der Rangordnung der Pro-Kopf-Industrieproduktexporte zwischen 1965 und 1984 vom 17. auf den 3. Platz weltweit vorrückte, Finnland vom 15. auf den 4. und Österreich vom 12. auf den 7., fiel Frankreich in dieser Periode wieder vom 6. auf den 8. zurück und heute vermutlich auf den 9³⁵.

5. Das Chirac-Balladur-Zwischenspiel und die Widersprüche der „Cohabitation“

„Cohabitation“, d. h. wilde Ehe, meinte ein Nachruf auf die zweijährige Koexistenz des sozialistischen Staatschefs mit dem konservativen Premierminister, war kein geeigneter Ausdruck, denn hier „handelte es sich um ein Produkt von (verfassungsrechtlichen) Regeln, und von Neigung konnte keine Rede sein“³⁶. In der Tat, Mitterrand ernannte Mitte März 1986 den siegreichen Oppositionsführer Chirac zum Premierminister, einen Posten, den dieser schon in den Jahren 1974–76 unter Giscard ausgeübt hatte, blieb jedoch beharrlich auf seinem Posten und bremste die allzu radikalen Initiativen Chiracs mit den konstitutionellen Regeln, die dem Präsidenten der Fünften Republik selbst für diesen erstmals eingetretenen Fall des Verlustes der Parlamentsmehrheit ein bedeutendes Gewicht geben. Die Rechnung ging schließlich, wie man heute weiß, bestens auf, denn der schlaue Fuchs im Elysée-Palast verstand es meisterhaft, die Ungeschicklichkeiten seines ungeliebten Premiers auszunützen und für das bevorstehende Duell zu kapitalisieren. „Der Premierminister hat viele Qualitäten“, meinte er einmal in einem vergifteten Kompliment, „ich wünschte mir nur, daß er sie besser am richtigen Ort und zum richtigen Moment anwendete...“.

Fehlende Initiative oder unzureichender Dynamismus waren Jacques Chirac in der Tat nicht vorzuwerfen, aber seine Kombination von übertriebenem Ehrgeiz, Inkompetenz, Wankelmüt, Skrupellosigkeit und der unkritischen Übernahme von „Ideen“, die jenseits des Atlantiks bereits sichtlich Schiffbruch erlitten, sollte ihm schließlich – zumindest fürs nächste – den Weg in den Präsidentenpalast verbauen, was auch die meisten ausländischen Beobachter, selbst konservativer Neigung, mit Aufatmen registrierten.

Unter den ersten Maßnahmen, die den neuen Geist symbolisierten, war die Abschaffung der Vermögenssteuer, und die Auswahl der Minister war recht ungewöhnlich: ein Unterrichtsminister ohne Matura-niveau, ein für äußerst obskure Affären bekannter Justizminister, und ein ehemaliger Vertreter einer Schnapsfirma, der mit einer rechtsextremen, seither verbotenen, Aktivistengruppe liiert gewesen war und bei bestem Willen nicht als glaubhafter Demokrat angesehen werden konnte, wurde Innenminister. Zu dieser grauen Eminenz kam noch als zweite der neue Finanz-, Wirtschafts- und – Zeichen der Zeit – Reprivatisierungsminister Balladur, der in puncto aristokratisches Gehabe noch den Ex-Präsidenten Giscard d'Estaing übertraf und damit bald die Spitznamen „Vizekönig“ und „Kleiner Ludwig XIV.“ verdiente.

Wie nicht anders zu erwarten war die Bilanz des Intermezzos 1986–88 äußerst negativ, auch wenn gewisse Liberalisierungsmaßnahmen, z. B. in puncto Preiskontrollen, nicht unbedingt irrationeller Natur waren, denn insgesamt mußte der versuchte Neoliberalismus reinster Reagan-scher Prägung den nationalen Realitäten unangepaßt sein und zur Verschärfung der ohnehin schon dramatischen sozialen Ungleichheiten führen. „Der Obskurantismus der neuen Zeiten, die Religion des Marktes³⁷“ konnte keine Lösungen bringen, insbesondere auf dem Gebiet der strukturellen Schwächen der nationalen Industrie und noch weniger auf dem der sozialen Kohäsion. Louis-Philippes Minister Guizot, unterstrich der Soziologe François Bourricaud, hatte seinerzeit den Landsleuten geraten, „sich zu bereichern“, aber „durch die Arbeit und das Sparen“, und „dieser zweite Teil von Guizots Rat ist es, den unsere Liberalen von heute sich in Erinnerung rufen sollten³⁸“. Statt dessen jedoch fand ein Festgelage von Spekulation und obskuren Geschäften statt, die z. B. dem keineswegs linksradikalen Wochenmagazin „L'Événement du Jeudi“ den Kommentar „extravaganter Skandal“ bezüglich der Reprivatisierungen zugunsten der Chirac-Balladur-Clique entlockten, und auch der alles andere als umstürzlerische Generalsekretär der CFDT-Gewerkschaft klagte über die „verheerenden Folgen des Liberalismus“ und den „größten sozialpolitischen Betrug“ der letzten Jahre, diesen im Zusammenhang mit den Versprechen der Konservativen, die „Flexibilisierung“ des Arbeitsrechts, insbesondere die Aufhebung der Kündigungsschutzbestimmungen, würde Hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen helfen . . .

„Mit dem schönen Wort *liberté* (Freiheit) und dem Zusatz -ismus“, meinte vor einigen Monaten der für seinen Pragmatismus bekannte heutige Premierminister Rocard, „gelangt man zum Recht für alle, alles nur Erdenkliche zu tun, und das gilt in erster Linie für die Mächtigen. Zum Recht des Fuchses in einem freien Hühnerstall“³⁹ . . .

Der japanische Erfolg, betont Rocard – und das kann angesichts des in den achtziger Jahren vorherrschenden Zeitgeistes wohl kaum überbetont werden –, hat sehr wenig mit dem liberalen Denken zu tun. Dafür jedoch die massive Desindustrialisierung sowie Zunahme der sozialen und regionalen Kontraste in den USA und in Großbritannien, und in Frankreich verschärften sich notwendigerweise zwischen 1986 und 1988

sowohl die strukturelle Krise als auch die sozialen Spannungen. Zwischen 1983 und 1986 bereits war das Einkommen des Faktors Kapital in laufenden Francs um 85 Prozent und das der Lohnabhängigen nur um 20 Prozent gestiegen, während die Zahl der Armen drastisch zunahm und 1987 auf 2,5 Millionen geschätzt wurde⁴⁰. Die Inflation blieb zwar unter Chirac offiziell auf einem niedrigen Niveau, aber die Wohnungsmieten und -preise machten jedenfalls einen neuen Sprung, und wenn auch die Arbeitslosigkeit, dank statistischer Tricks, relativ wenig stieg, so verschlechterten sich doch eindeutig die Realeinkommen und die sozialen Garantien der Mehrheit der Bevölkerung, während das Handelsbilanzdefizit neue Rekordhöhen erreichte.

Auf mehr politischem Gebiet – im engeren Sinn des Wortes – sind die Aggressivität der Chirac-Leute gegen den „Sozialismus“ – der ihnen zufolge das Land ruiniert hätte, das nur mit ihrem Rezept einen „Wiederaufschwung“ erleben könnte – und die instinktlose Behandlung der Neu-Kaledonien-Frage hervorzuheben, die für viele Beobachter das Land hart an den Rand einer Art von Neuauflage des Algerienkrieges brachte. Mit beißenden Kommentaren reagierte auch die konservative Presse Großbritanniens auf die verzweifelten Manöver Chiracs in der Woche vor der Stichwahl gegen Mitterrand, um die Niederlage abzuwenden: Die drei seit Jahren festgehaltenen französischen Geiseln kamen plötzlich wie durch ein Wunder aus dem Libanon zurück, und ein kolonialistisches Massaker in Neu-Kaledonien zielte auf die Stimmen der Nationalen Front Le Pens ab, von der Innenminister Pasqua bestätigte, sie verträte „die gleichen Werte“ wie die Regierungskoalition.

„Selbst wenn man die letzte Woche nicht rechnet“, meinte der linksliberale englische „Guardian“, „wird Chirac entweder als der glückloseste oder als der inkompetenteste Regierungschef der Fünften Republik angesehen“⁴¹. Der Extremismus hatte sich gerächt, und Mitterrand wurde mit einigen Gründen sowohl als verantwortungsbewußterer Staatsmann als auch als gutmütiger, über den Klassen stehender Landesvater vorgezogen, der sein Motto „La France unie“ (Das vereinigte Frankreich) jedenfalls besser verdiente als seine Rivale. Selbst viele konservative Stimmen sprachen sich für die Wiederwahl Mitterrand aus, darunter der Thronfolger der Bourbonen-Dynastie, der 80jährige Graf von Paris, und das Unternehmerorgan „Les Echos“ quittierte etwas später den Abgang des Industrieministers Madelin, der als sein Hauptziel die Abschaffung seines eigenen Postens genannt hatte, mit einer nicht zu überhörenden Erleichterung. Es war allzuklar geworden, daß auch für die Geschäftswelt ein allzu forscher Chirac nur verstärkte soziale Spannungen hervorrufen mußte, ohne jedoch die grundlegenden Probleme des Landes lösen zu können oder gar Frankreich für das magische Datum von 1992, der vorgesehenen „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ vorzubereiten . . .

6. Auf dem Weg zum „EG-Binnenmarkt“ – alte Probleme und neue Illusionen . . .

Unter den paradoxesten Aspekten des heutigen Frankreich nimmt die Mystifikation mit dem magischen Datum 1992 einen besonderen Platz ein. Lange Zeit und nicht ohne gute Gründe nüchterner Bremser im fröhlichen Europa-Zug, ist das Land heute recht unvermittelt, zumindest rhetorisch, zum Motor einer möglichst engen Vereinigung der „zwölf“ geworden, und außer von Kommunisten und einigen wenigen anderen sind kaum mehr Gegenstimmen zu hören. Paradox ist das insofern, als der frühere Europa-Enthusiasmus sonst vielfach einer realistischeren und somit skeptischeren Haltung Platz macht und die einstigen französischen Vorbehalte heute eher noch aktueller sind als damals, als Frankreich noch nicht Gefahr lief, von Italien, bald vielleicht auch von Spanien, überholt zu werden und mittelfristig England den Rang des „Kranken Mannes Europas“ streitig zu machen.

Bei den drei Hauptkandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 1988, Mitterrand, Chirac und Barre, gab es praktisch eine einheitliche EG-Rhetorik, wie man sie sich noch vor wenigen Jahren nicht hätte vorstellen können. Schließlich trägt Chirac das Etikett des Neogaullismus und vergißt nie, den alten General zu zitieren, obwohl er die meisten seiner Lehren über Bord geworfen hat: So ist er heute, mit der von ihm geführtem RPR, völlig vom Plan abgekommen und dafür auf die EG-Linie ohne Nuancen eingeschwenkt, während kaum mehr als vom Altgaullisten Debré vernünftige Warnungen diesbezüglich zu hören sind, obwohl Chirac noch vor wenigen Jahren drohte, den Beitritt Spaniens neu verhandeln zu wollen . . .

Bei den Sozialisten ist die Bekehrung nicht weniger erstaunlich. Für Mitterrand und die PS sind die – heute sicher weniger denn je unbegründeten – Befürchtungen bezüglich eines asozialen „Europa der Unternehmer“ ganz in den Hintergrund getreten, und die Europa-Leier hat sowohl die Marseillaise als auch die Internationale völlig in den Hintergrund gedrängt. „Das stolze Land hat die Grenzen seiner Macht erfahren“, urteilt „Die Zeit“ zum 25. Jahrestag dessen, was sie nicht ohne Grund als „Freundschaft ohne Wärme“ zwischen den ehemaligen Erzfeinden bezeichnet⁴². Die neue EG-Begeisterung kann trotz ihres rationellen Kerns schwer anders als ein Substitut für verdrängte Grandeur-Gefühle und als eine neue intellektuelle Mode im Rahmen dessen betrachtet werden, was ein KP-naher Autor treffend als die „französische Paranoia“⁴³ bezeichnet hat, nämlich das Umkippen auf einen höchst oberflächlichen und unkritischen „nationalen Konsens“ oder besser Konformismus zugunsten von NATO-Raketen, Atomkraft, Liberalismus und „freies Unternehmertum“ sowie gegen den allgegenwärtigen „Sowjetimperialismus“ und dessen „nützliche Idioten“ wie AKW- und Militarismus-Gegner. Während das Image des Präsidenten auch außerhalb des Landes ausgezeichnet ist, wie einst das von Kreisky, ist das des Landes in der Weltöffentlichkeit nicht viel besser als das der Alpenrepublik der letzten Jahre, und ein bundesrepublikana-

nischer Beobachter stellt fest, daß der pseudo-modernisierende Konsens, der zur Konfusion zwischen Unternehmerfreiheit und Freiheit im allgemeinen und zwischen Fortschritt und neuen Techniken neigt, dazu geführt hat, daß die öffentlichen Meinungen beiderseits des Rheins wohl heute so weit voneinander entfernt seien wie noch nie zuvor⁴⁴ . . .

Zum Thema Le Pen – der auch ein Produkt dieser Entwicklung ist –, das hier nur gestreift werden kann, sollten zwei Punkte unterstrichen werden, die für unser Gesamtthema von besonderem Interesse sind: zum einen erscheint das rechtsradikale Votum in erster Linie als die Reaktion der verunsicherten Unterschichten nicht nur auf das – äußerst komplizierte – Einwanderungsproblem, sondern auch auf die sozialen Folgen der Modernisierungs- und Konzentrationsprozesse, insbesondere in den schlecht geplanten und zu schnell gewachsenen Städten, als „ein politisches Echo der städtischen Anomie“⁴⁵. Zum zweiten, und hier kommen wir zur Rolle Frankreichs in Europa zurück, ist es bemerkenswert, daß Le Pen, der im ersten Wahlgang landesweit auf 14,4 Prozent kam, ganz besonders in den grenznahen Regionen viel höhere Prozentsätze erreichen konnte: 22 Prozent im Elsaß, oft über 20 Prozent in der Provence-Côte-d’Azur, im Languedoc und im Raum Lille. Daraus ist auch klares Mißtrauen gegenüber dem Euro-Diskurs herauszuhören, denn für die Elsässer z. B. bedeutet das EG-Europa immer mehr Wanderarbeiter, die täglich den Rhein kreuzen, für die Wein- und Gemüsebauern im Süden verschärfte spanische und italienische Konkurrenz, und auch anderswo wächst die Befürchtung, bald von den fernen Bürokraten in Brüssel regiert zu werden und die beschränkte regionale Autonomie immer mehr an – europäische und nichteuropäische – Multinationale zu verlieren. „Keine Angst vor den Deutschen“, urteilt ein kürzlicher Frankreich-Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“⁴⁶, aber die linkskatholische Zeitschrift „Témoignage Chrétien“ meint treffenderweise, daß die Elsässer der Multinationalisierung ihrer Region mit Angst und Mißtrauen entgegenblicken, da sie einen Niedergang wie im benachbarten Lothringen befürchten: statt der Elsässerin mit Tschador sei die Zukunftsvision eher die der Elsässerin im Kimono oder Gretchenkostüm⁴⁷ . . .

Die „Großmachtallüren der EG“ bringen nicht nur den kleineren äußeren Partnern Gefahren, denen oft ein schroffes „Keine Extrawürste!“ entgegentönt, sondern auch den Mitgliedsländern, nämlich „daß die demokratisch nur beschränkt legitimierten Eurokraten ihr Europaspiel überziehen und dann plötzlich von nationalistischen Strömungen eines oder mehrerer Mitgliedsländer zurückgepfiffen werden“, was durchaus nicht nur die „eiserne Lady“ betreffe⁴⁸ . . .

„1992“ droht, schreiben zwei der angesehensten Wirtschaftsexperten Frankreichs, zu einer schmerzhaften „darwinistischen Auslese“ zu führen. Während die Liberalisierung des Dienstleistungssektors der Londoner City die Möglichkeiten guter Geschäfte eröffnet, die Deutschen sowieso nicht viel zu fürchten haben und auch die Italiener mit ihrem Rezept des „Minimalstaats und der maximalen Vitalität“ ganz gut fahren werden, drohen die Folgen für Frankreich dramatisch zu sein,

aufgrund seiner colbertistischen Traditionen, der hohen Steuern und der schwachen Währung, die eine stärkere Entscheidungsfähigkeit der staatlichen Stellen erfordern: „Vielleicht ist es der magische Bedarf, diese Schwierigkeiten zu beschwören, der uns dazu bringt, das Land zu sein, in dem 1992 heute am meisten Enthusiasmus hervorruft“ . . . „Es ist riskant“, schließen sie, „es ist irrationell, und wir sollten besser mit offenen Augen vorwärtsschreiten, aber fürs Nächste stürzen wir blindlings auf das Jahr 1992 hin“⁴⁹ . . .

Diese warnenden Worte sind durchaus gerechtfertigt, denn neben Gewinnen wird der „Binnenmarkt“ – insofern er ein Vierteljahrhundert nach dem ursprünglich geplanten Datum tatsächlich Wirklichkeit wird – auch unvermeidliche Verluste bringen, sowohl im strikt ökonomischen Bereich als auch, und vor allem, auf dem Gebiet der nationalen Autonomie in puncto Sozial-, Steuer-, Geld- und Budgetpolitik, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, was zu explosiven Zusammenstößen führen und insbesondere zulasten der Schwächeren gehen muß⁵⁰. Und wie die diversen staatlichen Maßnahmen zur Stützung von Krisenbranchen und -regionen und des versteckten Protektionismus plötzlich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden sollen, bleibt ein Rätsel: noch streiten die EG-Europäer um die Zulassung von französischem Bier in der BRD, von BRD-Teigwaren in Italien und diversen italienischen und spanischen Agrarprodukten in Frankreich, und das französische Unternehmerorgan „Les Echos“ beklagt sich darüber, daß „Deutschland seinen Industriellen mehr hilft als Frankreich“: Einem vertraulichen Bericht der EG-Kommission zufolge hätte Italien in der Periode 1981–86 seine Industrien mit 26,4 Milliarden ECU Staatsgeldern subventioniert, die BRD mit 19,4, Frankreich mit 17,7 und Großbritannien mit 10,4 Milliarden⁵¹. Und der EG-Präsident Delors meint, in zehn Jahren würden 80 Prozent der sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Brüssel getroffen werden, worauf er prompt von einer in diesem Fall realistischeren Margaret Thatcher zurückgepfiffen wird.

Die naheliegenden Warnungen vor einer massiven Kapitalflucht haben schließlich den wiederernannten sozialistischen Finanzminister Bérégovoy dazu geführt, seine Zustimmung zum freien Kapitalverkehr in der EG von der Harmonisierung der Zins- und Steuerpolitik abhängig zu machen. Ein wichtiger Punkt, wo man sich offenbar der realen Probleme bewußt ist, die Michel Rocard schon vor 15 Jahren in einem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Der Gemeinsame Markt gegen Europa“ beschrieben hat, das insbesondere auf die Lehren zweier der bedeutendsten Ökonomen unserer Zeit, die 1987 verstorbenen Gunnar Myrdal und François Perroux, zurückgeht⁵².

Perroux hatte schon in den fünfziger Jahren vor den Polarisierungs- und Konzentrationseffekten der modernen Wirtschaft gewarnt, die zur Bildung eines „aktiven Europa“ im Norden und eines „passiven Europa“ im Süden zu führen drohen, und trotz des Aufschwungs von Italien und Spanien ist diese Warnung auch heute nicht so einfach in den Wind zu schlagen. Myrdal seinerseits wies insbesondere auf die internen regionalen Gleichgewichte hin, die in den relativ rückständige-

ren Ländern stärker ausgeprägt sind und daher mehr staatliche Interventionen erfordern: und in Frankreich sind diese Regionalprobleme wohl weniger ausgeprägt als in Italien, aber doch recht bedeutend und können keineswegs ignoriert werden.

Eine grundlegende Frage auch im Hinblick auf „1992“ ist, wie man die Liberalisierung der Staatsaufträge bewerkstelligen will, die rund 15 Prozent der Summe der EG-Nationalprodukte ausmachen, und wo heute noch die Teilnahme der Firmen aus den Partnerländern so gut wie inexistent ist: 4 Prozent in der BRD, 2 Prozent in Frankreich, und ganze 0,5 Prozent in Großbritannien⁵³. Die potentiellen Produktivitätsgewinne sind hier ebenso offensichtlich wie die unvermeidlichen Dauerstreitigkeiten, die der EG ins Haus stehen.

„Aber was soll mit den Arbeitern geschehen?“, fragt schließlich auch noch der konservative britische „Economist“ zum in letzter Zeit wieder gelegentlich aufgegriffenen Thema der „sozialen Dimensionen“ der EG. Zwar sehen viele leitende Politiker ebenso wie Frau Thatcher keinen Widerspruch zwischen einem Europa der Geschäftsleute und einem Europa der Bürger, meint er, aber die Bonner Regierung will den Partnerländern fortschrittlichere Sozialgesetze und Mitbestimmung aufdrängen, um nicht selbst allein daran leiden zu müssen⁵⁴. Auch Frankreich, das nicht nur geographisch zwischen Deutschland und Spanien liegt, wird da wohl mittelfristig mitziehen müssen, ebenso wie im Umweltbereich, was seine Konkurrenzfähigkeit auf eine schwere Probe zu stellen droht . . .

Die Umweltproblematik insgesamt, zusammen mit der „sozialen Frage“, von der sie immer weniger zu trennen ist, könnte zu einem wesentlichen Problem in der Integrationsdiskussion werden. Wie vor kurzem Oskar Lafontaine auf dem SPD-Parteitag meinte: eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik kann nur eine solche sein, die sowohl die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft als auch auf eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie abzielt.

Wie auch die kürzlichen austro-französischen Mißstimmigkeiten bezüglich des „sauberen Autos“ illustrieren, dürfte das „Europa '92“ noch für lange ein Luftschloß bleiben⁵⁵. Zuerst müßte das Europa der Menschen gebaut werden, betont ein französischer Ökonom, erst dann das der Waren und des Kapitals, denn in Wirklichkeit droht sich mit „1992“ die „Eurosclerose“ – bei näherem Hinsehen eher eine EG-Sclerose – zu verstärken, da die Regulierungsmechanismen wie Währungsabwertungen und Schutzklauseln, wegfallen, womit, letzten Endes, „der große Binnenmarkt sehr schnell die Ausländer in ihrer Rolle des Sündenbocks einholen wird“⁵⁶ . . .“

Anmerkungen

- 1 So z. B. der britische Verteidigungspolitik-Experte Jolyon Howorth – Die französische Verteidigungspolitik im Widerstreit zwischen Abrüstung und Abschreckung. Europa Archiv 43 (12), 25. Juni 1988, S. 331–338
- 2 François Mitterrand – Le coup d'Etat permanent, Plon, Paris 1964
- 3 Jean Fourastié – Les trente glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975, Fayard, Paris 1979, S. 50
- 4 Nicos Poulantzas – Pouvoir politique et classes sociales, Maspéro, Paris 1982, S. 167 ff.
- 5 Alfred Sauvy – L'Europe submergée. Sud-Nord dans 30 ans, Dunod-Bordas, Paris 1987, S. 125 ff.
- 6 Stefan Welz – Made in Germany. Deutsche Mark und deutsche Macht, in: Kursbuch 89, September 1987, S. 16–18
- 7 1. Auflage 1947, 3., aktualisierte Aufl.: Jean-François Gravier – Paris et le désert français en 1972, Flammarion, Paris 1972
- 8 J. Fourastié – Op. cit., S. 221
- 9 Dossier: Insomnie – causes et remèdes du mal français. Le Nouvel Observateur, 1.–7. Jänner 1988
- 10 Réapprendre le Plan, Le Monde, 23. Juli 1988
- 11 s. vom Autor – Zeitbombe Südamerika. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie, Pahl-Rugenstein, Köln 1988
- 12 Alexander Gerschenkron – Economic Backwardness in historical perspective, Harvard University Press, Cambridge, Mass., USA, 1962
- 13 Bernard Barthalay – Actualité de List: la préférence communautaire, Economie & Humanisme 282, März/April 1985
- 14 Jacques de Bandt – L'industrie française en perte de vitesse, Economie & Humanisme 297, Sept.–Okt. 1987, S. 79–80
- 15 Dieter Manyesch, Henrik Uterwedde – Frankreich. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik, Leske + Budrich, Opladen, BRD 1982, S. 65
- 16 Claude Freud – Quelle coopération. Un bilan de l'aide au développement, Karthala, Paris 1988, S. 7
- 17 B. Cabrillac – Evolution du commerce extérieur français de 1973 à 1984, Bulletin trimestriel de la Banque de France, März 1986
- 18 Fritz Franzmeyer und Bernhard Seidel – Wirtschaftspolitische Prioritätsunterschiede in der EG als Hindernisse für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und Instrumente zu ihrer Überwindung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sondernummer 96, Duncker & Humblot, Berlin 1983, S. 266–276
- 19 „Das Recht, am Nachbarn herumzumäkeln, leiten wir nicht aus unserer eigenen Makellosigkeit ab, wir können es uns leisten, weil wir uns selbst oft genug verspotten“ (Josef von Westphalen – Der Ideenberg. Vom europäischen zum Euro-Denken, Merkur 42, (2), Februar 1988, S. 134). In diesem Sinn ist die folgende Kritik selbstverständlich zu verstehen, nachdem der Autor auch über sein Ursprungsland kein Blatt vor den Mund genommen hat, insbesondere in L'Autriche entre le passé non assumé et l'avenir mal préparé, La Revue Nouvelle (Brüssel), November 1987, S. 383–395
- 20 Le Monde, 9.–10. Juni 1985
- 21 La grande peur des marchands de canons, Le Nouvel Observateur 13.–19. November 1987
- 22 Paul Fabra – Les prétendues retombées du budget militaire, Le Monde 16. Dezember 1986
- 23 Thomas Hanke – Stromversorgung. Alle Lampen gehen an. Frankreich versucht über die EG, das deutsche Monopol zu knacken, Die Zeit 22. Juli 1988
- 24 Die jedoch auch etliche Hunderte, wenn nicht Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Seit der Attentatswelle vom September 1986 sind vor jedem größeren Kaufhaus, öffentlichen Gebäude etc. „Sicherheitsbeamte“ postiert, die alle Taschen der Eintretenden auf eventuelle Bomben überprüfen. Auch die absurde Visumpflicht für Nicht-EG-Europäer (ausgenommen Schweizer), US-Amerikaner usw., die damals eingeführt wurde, muß etliche zusätzliche Posten in den Konsulaten geschaffen

- haben, die allerdings durch die Verluste im Fremdenverkehr zweifellos um ein Vielfaches kompensiert werden ...
- 25 F. Franzmeyer und B. Seidel, op. cit., S. 245–255
 - 26 La bataille du commerce extérieur, *Le Monde* 9.–10. Juni 1985
 - 27 *Le Monde* 3. April 1984
 - 28 Iring Fetscher, Vorwort zu Ursula Helmich – Arbeitskämpfe in Frankreich. Ein Beitrag zur Sozial- und Rechtsgeschichte, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, BRD 1977, S. VII
 - 29 Henrik Uterwedde – Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich 1981–1985 – Modernisierung der Volkswirtschaft und des Sozialismus?, *Zeitschrift für Politik* 34 (1), März 1987, S. 56–75
 - 30 La bataille de la modernisation, *Le Monde* 19. April 1984
 - 31 A. Gorz – Adieux au prolétariat, Ed. Galilée, Paris 1980, A. Touraine – L'après-socialisme, Grasset, Paris 1980
 - 32 vgl. François de Closets – Toujours plus. Libertés, féodalités, inégalités, Grasset, Paris 1982
 - 33 *Le Monde* 18. März 1987
 - 34 B. Cabrillac, art. cit.
 - 35 J. de Bandt, art. cit.
 - 36 François Boudy – Zwei Mehrheiten oder eine?, *Schweizerische Monatshefte* 68 (6), Juni 1988, S. 467
 - 37 Dossier sur le blé, *Le Monde diplomatique*, November 1986, oder ein Kommentar des Chefredakteurs über die „Kasino-Wirtschaft“: Claude Julien – Quand la crise économique menace la démocratie. Le triomphe de la déraison, *Le Monde diplomatique*, déc. 1987
 - 38 François Bourricaud – Les libéraux et la crise, *Le Figaro* 31. Dezember 1987
 - 39 Michel Rocard – Autopsie du libéralisme, *République* 1, Jänner–März 1988, S. 65
 - 40 *Libération* 30. Juni 1987
 - 41 *The Guardian* 7. Mai 1988
 - 42 Christoph Bertram – Rendezvous mit der Geschichte. Zum Jahrestag des Elysée-Vertrages: Wenn Paris drängt, darf Bonn nicht bremsen; Roger de Weck – Eine Freundschaft ohne Wärme. Das Verhältnis Bonn–Paris: Mehr Symbolik als Substanz, *Die Zeit* 22. Jänner 1988
 - 43 Pablo de la Higuera – Frantzouskaïa Paranoïa. Anti-chronique des années 80, Messidor, Paris 1987
 - 44 Lothar Baier – Firma Frankreich, *Merkur* 42 (4), April 88, S. 269–282, und Buch mit gleichem Titel bei Wagenbach, Berlin 1988
 - 45 Pascal Perrineau – Front National: l'écho politique de l'anomie urbaine, *Esprit* 3–4/88, März/April 1988, S. 22–38
 - 46 *F.A.Z.* 29. April 1988
 - 47 Des Alsaciens en proie au vertige, *Témoignage Chrétien* 13.–19. Juni 1988
 - 48 Großmachtallüren der EG, *Tages-Anzeiger* 9. Juli 1988
 - 49 Michel Albert und Jean Boissonnat – *Crise, krach, boom*, Seuil, Paris 1988, S. 198–200.
 - 50 Fritz Franzmeyer – Was kostet die Vollendung des europäischen Binnenmarktes? Eine Bewertung aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Sicht, *Konjunkturpolitik* 33 (3), 1987, S. 146–166
 - 51 *Les Echos* 2. Juni 1988
 - 52 M. Rocard et. al – *Le Marché Commun contre l'Europe*, Seuil, Paris 1973
 - 53 Valérie Hirsch – Objectif 1992: le dossier test des marchés publics, *Revue du Marché Commun* 313, Jan. 1988, S. 1–2
 - 54 But what about the workers?, *The Economist* 23. Juli 1988
 - 55 Europa '92 – ein Luftschloß?, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 3. August 1988
 - 56 Alain Lipietz – Réquisitoire contre l'Acte Unique, *L'Expansion* 17.–30. Juni 1988